

KOMMUNALE GESUNDHEITSKONFERENZEN

Ärztliche Gesichtspunkte einbringen

Zum mittlerweile 6. Erfahrungsaustausch kamen die ärztlichen Vertreterinnen und Vertreter der Ärztekammer Nordrhein (ÄkNo) und der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein (KVNo) in den kommunalen Gesundheitskonferenzen (KGK) Ende November in Düsseldorf zusammen. Dr. Arnold Schüller, Vizepräsident der Ärztekammer Nordrhein, moderierte die Veranstaltung. In den Konferenzen sei es wichtig, dass ärztliche Positionen auch in den Bereichen vertreten würden, die originär ärztliche Tätigkeitsfelder tangierten, sagte Dr. Leonhard Hansen, Vorsitzender der KVNo, in seiner Begrüßung.

Dr. Heike Zimmermann vom Referat für Gesundheitspolitische Grundsatzfragen der KVNo stellte die Ergebnisse der Fragebo-

genaktion „Kommunale Gesundheitskonferenzen auf dem Prüfstand“ vor. Von 103 verschickten Bögen habe man insgesamt 43 auswerten können. Dabei habe sich ein differenziertes Bild über die KGK ergeben. Je länger die Befragten dort mitarbeiteten, um so positiver urteilten sie auch über ihre Einwirkungsmöglichkeiten, berichtete Zimmermann.



Dr. Arnold Schüller, Vizepräsident der Ärztekammer Nordrhein:

Das Gesundheitswesen darf nicht von der puren Ökonomisierung geprägt werden.

Foto: Erdmenger/ÄkNo

Dr. Edith Meier, Leiterin des Referats für Gesundheitspolitische Grundsatzfragen der KVNo, unterbreitete den Teilnehmern ei-

nige Vorschläge für die künftige Arbeit in den KGK. So solle man Lösungsvorschlägen ausschließlich auf der Basis verlässlicher Daten zustimmen. Gegenüber den übrigen Beteiligten müssten die rechtlichen und inhaltlichen Zuständigkeiten und gesetzlich zugewiesenen Kompetenzen verdeutlicht und auf deren Einhaltung gepocht werden.

Die künftige Rolle der KGK angesichts leerer Kassen, drohender Rationierungen sowie der notwendigen Stärkung der Eigenverantwortlichkeit der Bürgerinnen und Bürger beschrieb Dr. rer. pol. Wolfgang Klitzsch, bei der Ärztekammer Nordrhein als Geschäftsführer für allgemeine Fragen der Gesundheits-, Sozial- und Berufspolitik zuständig. Aufgrund der offensichtlichen Überforderung des Staates, zu-

mindest im sozialpolitischen Bereich, müsse die Ärzteschaft ihre Politikfähigkeit offensiv entwickeln, sagte Klitzsch. Sie müsse ihre Definitionsmacht entfalten und nutzen, um in den Kommunen das Thema Gesundheit nicht untergehen zu lassen. Dabei hieße es auch, Allianzen einzugehen, zum Beispiel mit Patientenvertretern.

In der anschließenden Diskussion unterstrich Schüller, dass man in den KGK darauf achten müsse, dass das Gesundheitswesen nicht einzig von der puren Ökonomisierung geprägt werde. Bei den Teilnehmern reichte das Meinungsspektrum von „Anhäufung von Politchaoten ohne Sachkenntnis“ bis hin zur Schilderung durchaus bemerkenswerter Erfolge bei der Durchsetzung ärztlicher Standpunkte. Letztlich bestand Einvernehmen über das notwendige ärztliche Engagement in den KGK und deren Arbeitsgruppen. *fra*

EUROPÄISCHES TABAKWERBEVERBOT

Skandalöses Verhalten der Bundesregierung

„Wir gratulieren EU-Kommissar David Byrne zum Tabakwerbeverbot, das ohne sein hartnäckiges Eintreten kaum gegen die massiven Widerstände der Tabaklobby durchzusetzen gewesen wäre. Im Gegensatz zur Bundesregierung redet Byrne nicht nur von gesundheitlichem Verbraucherschutz, sondern handelt auch danach. Das Werbeverbot ist ein positives Signal für einen verantwortungsvollen Umgang mit unserer Gesundheit.“ Mit dieser Erklärung begrüßte der Präsident der Bundesärzte-

kammer und der Ärztekammer Nordrhein, Professor Dr. Jörg-Dietrich Hoppe, Anfang Dezember die Entscheidung des EU-Ministerrates für ein weit reichendes Tabakwerbe- und Tabak sponsoringverbot.

Bereits in der ersten Lesung am 21. November hatte das Europäische Parlament den Richtlinienvorschlag gebilligt. Der Ärztepräsident zeigte sich erfreut, dass auch die Parlamentarier den Aufweichungsversuchen des Rechtsausschusses nicht nachgegeben haben. Der Ausschuss hat-

te unter anderem Ausnahmeregelungen für Lokal- und Regionalzeitungen vorgeschlagen. Anders als die überwältigende Mehrheit der Mitgliedsländer unterstützte Deutschland den Richtlinienvorschlag im EU-Gesundheitsrat nicht,

sondern setzte sich für die Interessen der Tabakindustrie und der Zeitungsverleger ein. „Das Verhalten der Bundesregierung ist skandalös“, kritisierte Hoppe. „Es ist unverantwortlich, die Interessen einzelner Wirtschaftszweige über die Gesundheit der Bevölkerung zu stellen. Wir können die Wirtschaft nicht gesund rauchen.“ *BÄK*

Anmeldeschlusstermin für Weiterbildungsprüfungen

Der nächste zentrale Prüfungstermin zur Anerkennung von Gebieten, Teilgebieten und Zusatzbezeichnungen bei der Ärztekammer Nordrhein ist der 12./13. März 2003.

Anmeldeschluss: Mittwoch, 29. Januar 2003.

Informationen über die Modalitäten der Weiterbildungsprüfungen 2003 finden Sie im Heft November 2002, Seite 22 f.

ÄkNo